



## Das Gebot der Stunde:

### Mindestanforderungen für eine gerechtere Schule in Rheinland-Pfalz umsetzen!

**Es ist unabweisbar:** Auch in Rheinland-Pfalz bestimmt nach jüngsten Studien die soziale Herkunft trotz geringfügiger Fortschritte den schulischen Erfolg unserer Kinder, verglichen mit den übrigen Ländern in Europa außer Österreich und einigen Teilen der Schweiz, nach wie vor in unverantwortlicher Weise.

Die Knackpunkte auch unseres Schulsystems, welche die Chancenungleichheiten so eklatant verschärfen, an denen täglich immer wieder viel zu viele Schülerinnen und Schüler beschämt, demotiviert und zu Misserfolgen verurteilt werden, sind belegt und bekannt.

Parteien, die es wirklich ernst meinen mit mehr Bildungsgerechtigkeit in Rheinland-Pfalz müssen für die Schritte zu einem längeren gemeinsamen Lernen in den nächsten fünf Jahren **jetzt** in den Koalitionsverhandlungen die notwendigen Weichen stellen.

Unser Ziel ist EINE gute Schule für ALLE, die jedem Kind und jedem Jugendlichen die gleichen Entwicklungs- und Bildungschancen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, bietet und es jedem von ihnen ermöglicht, seine Potenziale zu entfalten und vielfältige Kompetenzen zu entwickeln.

Diese Schule ist eine inklusive Schule, in der Schülerinnen und Schüler mit und ohne Beeinträchtigungen bis zum Ende der Pflichtschulzeit gemeinsam lernen.

Unmittelbar notwendige Schritte auf dem Weg dahin verlangen die Umsetzung folgender **bildungspolitischer Mindestanforderungen:**

#### Strukturen

- Erweiterung eines längeren gemeinsamen Lernens zunächst bis zum Ende des 6. Schuljahres (und damit Wegfall der Grundschulempfehlung),
- konsequentere Unterstützung von Anträgen zur Errichtung Integrierter Gesamtschulen,
- Überführung der kooperativen Form der Realschule plus in die integrative Form,
- Weiterentwicklung des Ganztagsschulangebotes zu einer Ganztagschule für Alle,
- verstärkte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hin zur inklusiven Schule durch einen erheblich beschleunigten Ausbau von Schwerpunktschulen – vor allem auch im Bereich der Sekundarstufe 1 – und gleichzeitigem konsequenten Rückbau der Förderschulen beginnend bei den Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen,

- Einrichtung einer 3-jährigen flexiblen Eingangsstufe, die das letzte Kindergartenjahr und die beiden ersten Grundschuljahre umfasst und individuelle Verweildauern ermöglicht.

## **Inhalte**

- Ersetzen der Notengebung durch eine kompetenzorientierte, ausformulierte Leistungsbeurteilung,
- Abschaffung von Klassenwiederholungen und zwangsweisen Wechseln der Schularten (Abschulen),
- Einsatz von individualisierendem Unterricht zur Verwirklichung individueller Förderung als grundlegendem Unterrichtsskript.

## **Ressourcen**

- Bereitstellung hinreichender personeller und finanzieller Ressourcen unter konsequenter Nutzung der durch den Schülerrückgang frei werdenden Kapazitäten,
- Erweiterung der Regelschulkollegien insbesondere um Lehrkräfte mit förderpädagogischen Kompetenzen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.
- Einrichtung einer qualifizierten Hochschulausbildung für im Elementarbereich tätige Erzieherinnen und Erzieher,
- Anpassung der Lehrerinnen- und Lehreraus-, Fort- und Weiterbildung an die Erfordernisse des Arbeitens in einer inklusiven Schule.

## **Akzeptanz**

Intensive und konsequente Öffentlichkeitsarbeit zur Verdeutlichung

- der Vorzüge eines längeren gemeinsamen Lernens und
- der Notwendigkeit und der Chancen des Gemeinsamen Unterrichts in der inklusiven Schule.

Wir erwarten von den Parteien, die nunmehr auch die bildungspolitische Regierungsverantwortung übernommen haben, dass sie sich uneingeschränkt und nachhaltig für die Realisierung einer solchen, gerechteren und effektiveren Schule einsetzen.

Meisenheim, den 21. April 2011

Für die

Unabhängige, rheinland-pfälzische Initiative

EINE Schule für ALLE –länger gemeinsam lernen e. V.

Arno Rädler, Rektor i. R.  
Diplompädagoge